

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

„Schandfleck“ A40
Deckel drauf – und alles
wird gut?



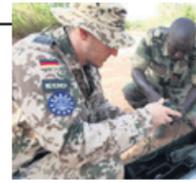
Seite 3

Neues Urteil des Landessozialgerichts NRW
Mehr Geld für Azubis
und Studis



Seite 4

Bundeswehr raus aus Mali!
Feuer löscht man nicht
mit Öl!



Seite 6

Essener Blutsonntag
Zum Todestag von
Philipp Müller

Seite 7

Gewerkschaften und DIE LINKE

Druck aufbauen geht nur gemeinsam!

Kurz
& Knapp

Dass ein Sparpaket auf das nächste Sparpaket folgt, ist in Deutschland seit nun fast 20 Jahren bittere politische Realität: sinkende oder stagnierende Reallöhne, Kettenbefristungen, Werkverträge, niedriger Mindestlohn, Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeit, Outsourcing und das über allem schwebende Damoklesschwert: Harz 4, das Druckmittel der Reichen und Regierenden gegen uns alle.

Gewerkschaften alleine haben den Niedergang des Sozialstaates nicht aufhalten können und mit dem Tarifeinheitsgesetz einen weiteren starken Schlag erhalten. Aber haben nicht gerade Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit linken Organisationen in den letzten Jahren viel bewegt? Ein gutes Beispiel ist Verdini mit seinen Netzwerkstrukturen: Hier werden Beschäftigte animiert, selbst in ihren Betrieben aktiv zu werden, um einen möglichst hohen Grad an Selbstorganisation zu erreichen. Gewerkschaft und Streikkultur werden aktiv demokratisiert, was nicht zuletzt die Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst oder in der Berliner Charité 2015 gezeigt haben.

se, mitbestimmungsfreie Zonen, weiße Flecken und eingeschränkte Möglichkeiten zur Entfaltung ökonomischen Drucks zu debattieren.

Doch um diese Gesellschaft dauerhaft zu verändern, sind gemeinsame Kämpfe von Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE nicht nur möglich, sondern dringend notwendig. Dafür sollten wir uns auf unsere Gemeinsamkeiten besinnen. Uns eint die Forderung nach einem besseren gesetzlichen Mindestlohn. Wir lehnen das Renteneintrittsalter von 67 Jahren ab. Wir wollten den Fiskalpakkt verhindern. Das sind politische Entscheidungen, die auf die Lebensbedingungen von etlichen Millionen Menschen zurückwirken.

Wenn wir die Gesellschaft verändern wollen, geht dies nur Hand in Hand mit den Gewerkschaften. Dafür muss DIE LINKE ihr Verhältnis zu ihnen verändern. Wir müssen mehr als ein Sprachrohr für Gewerkschaften im Parlament sein. Stattdessen braucht es den aktiven Arbeitskampf vor Ort, in der sich die Partei als wichtiger und erfolgreicher Partner beweisen muss. DIE LINKE sollte versuchen, politische Mobilisierung und die Dynamik von Tarfbewegungen miteinander zu verbinden. Die parlamentarisch-politische Po-

Aktiver Arbeitskampf vor Ort

Noch vor der endgültigen Niederlage des Naziregimes am 8. Mai 1945 hatten sich am 11. April vor 71 Jahren die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald selbst befreit.

Daran erinnerten die Essener DGB-Jugend und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA) mit einer Bildungsfahrt zur Gedenkstätte am 16. und 17. April. Im Rahmen des Projektes „1000 Buchen für Buchenwald“ pflanzten sie eine von der Stadt gestiftete Winterlinde zur Erinnerung an den Essener



sition, die sie erobert hat, sollte sie nutzen, um die außerparlamentarischen Kämpfe zu unterstützen, ohne sie zu dominieren oder zu bevormunden. Sonst kommen wir selbst dem kleinen Ziel, die Verarmungs- und Verelendungsprozesse aufzuhalten, nicht näher. Die Menschen, die heute ihre Hoffnungen auf uns setzen, würden sich wieder enttäuscht abwenden. Eine andere, klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik ist nötig, wenn sie Wahlkampfrollen wie „Harz 4 muss weg!“ in die Tat umsetzen will. „Linke Politik will die gesellschaftlichen

Verhältnisse umkrepeln. Und dabei spielt die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit eine entscheidende Rolle. Deshalb sind die Gewerkschaften für uns nicht irgendein Bündnispartner, sondern ein besonders wichtiger Bezugspunkt. Und natürlich wollen Linke einen Beitrag dazu leisten, die Konfliktorientierung und Politisierung der Gewerkschaften



Daniel Kerekes ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

voranzutreiben.“ Damit trifft es Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, auf den Punkt. Darum stehen wir solidarisch an der Seite der Gewerkschaften im Kampf um höhere Löhne und erträgliche Arbeitsbedingungen, für einen besseren Mindestlohn, stärkere betriebliche Mitbestimmung, gegen Leiharbeit und Werkverträge.

Wenn wir uns durchsetzen wollen, müssen wir Druck aufbauen. Das geht am Besten gemeinsam.

Umdenken

◀ In Essen findet ein Umdenken beim Sozialen Wohnungsbau statt, und LINKE Vorschläge finden endlich Gehör. So gab der Vorsitzende des Planungsausschusses, Thomas Rotter (SPD), eine Quote von 30 Prozent für den Sozialen Wohnungsbau bei Neubauvorhaben als Ziel aus. Noch im Dezember hatte die große Koalition einen entsprechenden Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE abgelehnt. Von der Verwaltung erwartet DIE LINKE ein Konzept, wie der hohe Bedarf an Wohnraum gedeckt werden kann, ohne dass es zu einer unnötigen Versiegelung von Flächen kommt.

Regeln

◀ Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Chef der städtischen Grundstücksverwaltung GVE, Andreas Hillebrand, werden möglicherweise eingestellt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die bewussten Falschinformationen von Andreas Hillebrand an den Aufsichtsrat und die Beteiligungsverwaltung keine strafrechtliche Relevanz haben sollen. Umso wichtiger ist es, dass die lange diskutierten neuen Regeln für gute Unternehmensführung im April (nach Redaktionschluss) endlich vom Rat verabschiedet werden. DIE LINKE beantragte vor anderthalb Jahren die Überarbeitung der Compliance-Richtlinien. Öffentliche Verwaltung muss transparent mit den Steuergeldern umgehen und auch intern nach klaren Maßgaben arbeiten, die einen Missbrauch möglichst ausschließen.

Lichtburg

◀ Um die Instandhaltungsrücklage für das Folkwang-Museum zurückzahlen und die Mehrkosten für das RWE-Stadion samt Betriebskosten stemmen zu können, will die städtische Grundstücksverwaltung GVE ihre Immobilien verkaufen. Dazu gehört auch der Burgplatz-Komplex in der Innenstadt. DIE LINKE lehnt den Verkauf ab, damit der traditionsreiche Filmpalast Lichtburg auf jeden Fall erhalten bleibt. Außerdem würde die Stadt mit einem Verkauf des gesamten Komplexes mit Kino, Volkshochschule, Geschäften und Gastronomie städteplanerische Möglichkeiten mitten in der Essener Innenstadt einfach so aus der Hand geben. Die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung fielen auch weg, so dass ein Verkauf auf lange Sicht teurer käme.

8. Mai 2016 – Jahrestag der Befreiung

Ein weiteres Beispiel für eine positive Entwicklung ist die Konferenz „Erneuerung durch Streik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, welche dieses Jahr bereits zum dritten Mal statt findet. Hunderte Gewerkschaftssekretäre, Betriebsrätinnen und Basisaktivisten kommen dabei zusammen, um über die Zukunft der Gewerkschaften und mögliche Strategien zur deren Erneuerung zu debattieren. Jede Gewerkschafterin und jeder Gewerkschafter ist vom 30. September bis 2. Oktober herzlich nach Frankfurt eingeladen, um dort über verhandlungsunwillige Arbeitgeber, Unsicherheit durch prekäre Beschäftigung, Spaltungen und Entsolidarisierungsprozesse



Foto: Reinhold Loch

Widerstandskämpfer Theo Gaudig, DGB-Jugendbildungsreferent Jan Mrosek würdigte in seiner Ansprache ebenso wie OB Kufen in seinem schriftlichen Grußwort Gaudigs außerordentliches Engagement.

Gaudig berichtete unermüdlich als Zeitzeuge in Schulen und bei Veranstaltungen über seinen Widerstand gegen das Naziregime, seine Haft und seine Befreiung und setzte sich stets gegen das Vergessen ein.

Er starb 2003 mit 99 Jahren. Auf Antrag der damaligen PDS-Ratsgruppe hatte ihm die Stadt Essen bereits 2002 die Ehrenplakette verliehen.

Lügenpresse? Lügenpresse!

WAZ uns zu dem Thema so ein- und auffällt ...

Von Michael Steinmann

Das „Unwort des Jahres“ 2015 geistert immer noch herum: die „Lügenpresse“.

Landauf, landab skandieren die Rechten bei ihren Aufzügen diese Parole. Gemeint ist die gesamte Presse, die als „links infiziert“ gilt, nur weil sie – wenn sie gut ist – demokratischen Standards genügt. Wenn sie ihren Auftrag als „vierte Gewalt“ ernst nimmt und alle Seiten zu Wort kommen lässt, um den Leserinnen und Lesern ein ausgewogenes Bild zu vermitteln. Damit diese sich nämlich, weil sie nicht blöd sind, ihre eigene Meinung bilden können.

Prüfen wir am Beispiel des hiesigen Monopols, der größten örtlichen Zeitung, der WAZ aus der Funke Mediengruppe, wie weit es her ist mit diesem behaupteten „Qualitätsjournalismus“.

Als man vor etwa einem Jahr eine Mutter von einem Schulgelände verjagte, weil sie eine Burka trug und angeblich „die Kinder verängstigte“, während die Kinder eher neugierig herumstanden, protestierten Grüne und LINKE gegen diese Form des alltäglichen Rassismus. Die WAZ nannte das „Gesinnungspolizei“. Nicht bei denen, die die Muslima des Ortes verwiesen, sondern bei denen, die sich für Toleranz einsetzten. Und vor wenigen Wochen skandalisierte die WAZ Vorgänge um einen Gebetsraum in der der Essener Uni, sechsspaltig mit Foto. „Nichtmuslime“ würden am Benutzen eines Aufzuges gehindert, Frauen diskriminiert. Doch keine Spur von Belegen. Der Gebetsraum existiert seit 20 Jahren und war nie Anlass von Beschwerden.

In der jüngsten Vergangenheit rief ein Pegida-Ableger in Essen zu einer Demo „gegen den Politik-Wahnsinn“ auf. 300 Teilnehmende wurden erwartet, ganze 70 waren es tatsächlich. Grund genug für die WAZ, die Veranstaltung auf der Titelseite insgesamt dreimal zu, nun ja: zu bewerben. Hat die WAZ jemals eine Demo von Friedensfreund*innen oder Linken auf diese Weise angekündigt, selbst wenn viel mehr Teilnehmende erwartet wurden?

Für besondere Fälle hält man sich in Essen den Herrn Stenglein, den Mann fürs Grobe. Der Lokalchef „sagt, was Sache ist“. Er ist einer, der „einfach nur sagt, was gesagt werden muss“. Der traut sich WAZ! Und so hetzt er bei jeder Gelegenheit gegen Toleranz. Im Bürgerentscheid um die Straßennamen in Rüttenscheid trommelte er für die Eh-

renrettung von Nazi-Offizieren, die nur „ein bisschen mit der Demokratie fremdelten“. Zur Benennung einer Brücke in Rüttenscheid nach dem 1952 ermordeten Philipp Müller nannte er ihn „Stalinisten“, als ob dies – wahr oder nicht – seine Ermordung rechtfertigte (nach dem Motto: die wird man ja wohl noch abknallen dürfen!). Jüngste Entgleisung: Aus einem syrischen Asylsuchenden wurde ein „Wirtschaftsflüchtling, der die Behörden in Atem hält“. Gut, das ist alles „nur“ tendenziös und widerspricht „nur“ journalistischen Grundregeln. Aber die bewusste Unwahrheit?

Als 1. Mai 2015 die Nazis in Kray mit einem Aufmarsch provozierten, stellten sich ihnen viele Demokrat*innen in den Weg. Dafür wurden sie von der Polizei am Hauptbahnhof eingekesselt und verprügelt. Der Polizeisprecher gab eine reichlich geschönte Fassung der Ereignisse an die Öffentlichkeit. Danach hätten „linke Demonstranten“ das Gleisbett betreten, da sie „Streit suchten“. Wohl gemerkt: Die Sache mit dem Gleisbett war in Kray, die „Streitsuchenden“ wurden am Hauptbahnhof verprügelt. Ungeprüft übernahm die WAZ die falsche Darstellung. Selbst recherchieren muss man ja nicht. Schließlich ist die Polizei per se „neutral“ und ihre Darstellung immer richtig.

Wenn 70 Rechtsradikale der „Hooligans gegen Salafisten“ ungehindert von der Polizei eine Gegendemo überfallen und anschließend grölend und pöbelnd durch die Fußgängerzone marschieren, dann sind laut WAZ „rechte und linke Demonstranten ... aneinandergeraten“. Nach der Pegida-Demo vom 13. April verletzte laut WAZ ein „linker-Demorandalierer“ einen „völlig unbeteiligten Bürger“. Dass weder Täter noch Opfer mit den Kundgebungen etwas zu tun hatten: egal. Was der Tat vorausging: uninteressant. Für die WAZ ist immer völlig klar, wer Täter und wer Opfer ist. Die Linken werden es schon verdient haben.

Pegida-Anhänger, die AfDler und sogar Neonazis haben keinen Grund, die WAZ als „Lügenpresse“ zu beschimpfen. Man könnte eher den Verdacht haben, dass deren Sympathisanten die Chefredaktion führen. Die WAZ vor Ort ist häufig einseitig und tendenziös, reißerisch und vorverurteilend. Sie verstößt damit gegen die Prinzipien des Deutschen Presserats. Ist sie also „Lügenpresse“? Oder einfach nur dumm?

Ratsbeschluss ist das Papier nicht wert

Zelten auch im nächsten Winter?

Von Gabriele Giesecke

Die Integration geflüchteter Menschen beginnt mit der Unterbringung. Essen tut sich sehr schwer, feste und dauerhafte Unterkünfte in ausreichender Anzahl bereitzustellen. Im Dezember rechnete die Verwaltung mit 11.630 geflüchteten Menschen, die Essen in 2016 unterbringen muss. Um allen Menschen 2016 einen Platz in einer festen Unterkunft anbieten zu können, gibt es einen Gesamtbedarf von rund 6.000 zusätzlichen Plätzen.

Seit Mitte April hat jetzt die städtische Tochter Grundstücksverwaltung Essen (GVE) den Auftrag, die Flüchtlingsunterkünfte zu errichten. Schon bald wurde klar: Der Bau dieser zusätzlichen Unterkünfte ist in 2016 nicht vollständig realisierbar. Selbst wenn die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge in 2016 sinkt, werden Ende des Jahres fast 2.500 Plätze fehlen. Mit üblen Folgen: Viele Flüchtlinge werden wohl auch noch den Winter 2016/17 in den Zeltedörfern unter erbärmlichen Bedingungen leben müssen. Der Ratsbeschluss, die Zeltedörfer mit rund 4.000 Plätzen bis zum Winter 2016 komplett aufzulösen, ist damit das Papier nicht wert, auf dem er steht.

Wohnungen statt Zelte

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Flüchtlinge vor allem in Wohnungen untergebracht werden. Doch lange Zeit hatte die Sozialverwaltung viel zu wenig Personal für diese wichtige Aufgabe. Jetzt kooperiert sie mit dem Allbau. Die gemeinsame Vermittlungsstelle hat aber erst im April ihre Arbeit aufgenommen.

Die Pläne der Verwaltung, Übergangsheime an einzelnen Standorten für bis zu 800 Menschen zu errichten, stießen von Anfang an auf heftige Kritik der linken Ratsfraktion. Damit würde einer Gettobildung Vorschub geleistet und die Integration in den Stadtteil erschwert. Die jetzt beschlossene Höchstgrenze von 400 Personen pro Standort ist erst nach massiven Protesten u.a. von Pro Asyl zustande gekommen und ein kleiner Fortschritt. DIE LINKE bleibt aber dabei: Mehr als 300 Menschen

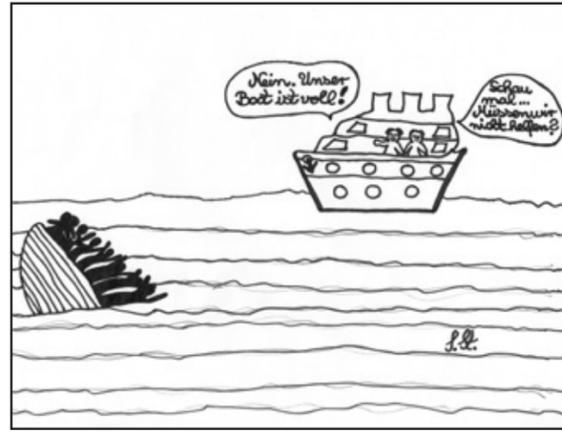


Illustration: Saskia Strötgen

dürfen nicht an einem Standort untergebracht werden. Vor allem darf es jetzt keine 800er Standorte durch die Hintertür geben wie z.B. in Holsterhausen. Dort ist an der Papestraße ein Übergangsheim mit 400 Plätzen im Bau, während das direkt daneben liegende Zeltedorf an der Planckstraße weiter in Betrieb bleibt.



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen

Die menschenwürdige Unterbringung ist aber nur der erste Schritt

zur Integration. Vor allem der Schulbesuch der Flüchtlingskinder ist bei weitem noch nicht sichergestellt. Viele Kinder werden erst spät eingeschult und/oder müssen weite Wege zur Schule in Kauf nehmen. Ähnlich ist die Situation für die Vorschulkinder, denn es fehlt an Kita-Plätzen. Ebenso fehlen Sprachkursplätze für Erwachsene. Und wer nicht wenigstens über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügt, hat auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance. Trotzdem scheiterte DIE LINKE im Herbst 2015 mit ihrer Forderung nach einem Integrationskonzept. Die Verwaltung hat trotzdem ein Konzept angekündigt, es aber noch nicht vorgelegt.

Aus linker Sicht sollten auch die geflüchteten Menschen ihre

Anliegen verstärkt selbst vertreten können und einbezogen werden, wenn es um ihre Belange geht. Deshalb hat die LINKE Ratsfraktion die Bestellung von Ombudspersonen gerade in den Zeltedörfern und Übergangsheimen angeregt. Ob sie eingesetzt werden und wie ihre Arbeit aussehen könnte, darüber berät in diesen Tagen ein Ratsausschuss.

DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass Geflüchtete und ihre Rechte nicht zum Spielball von Kräften werden, die behaupten, Essen sei nicht mehr aufnahmefähig. Forderungen nach schnelleren Abschiebungen, wie sie auch Sozialdezernent Renzel gern verkündet, tragen nicht zur Entspannung bei.

Essen braucht ein klares Leitbild einer humanitären Aufnahme und Integration.

Dazu gehören der Abbau der Zeltedörfer, eine sozial ausgewogene Stadtteilentwicklung mit Quartiersmanagement und der Ausbau der schulischen und sozialen Infrastruktur. Davon können alle Menschen in Essen profitieren, ob sie nun im Norden oder im Süden leben.

Damit die Versäumnisse der letzten Jahre wenigstens für die jungen Generationen etwas kompensiert werden können, darf eine dauerhafte Bleibeperspektive nur der erste Schritt sein. Sie muss mit konkreten Hilfen zum Aufbau einer eigenständigen Lebensperspektive und der Vermittlung in Arbeit verbunden werden.

Kurz notiert

Nahverkehr

◀ Drei Zielvarianten für den öffentlichen Nahverkehr in Essen sollen gutachterlich geprüft werden: die „Konzentration“, die „Kontinuität“ und der „Kapazitätsausbau“. Ein Zwischenbericht der Gutachter kommt zum Schluss, dass die Einsparungen bei der Zielvariante „Konzentration“ nennenswert durch Ertragsverluste wieder „aufgesogen“ werden. „Konzentration“ heißt in Wirklichkeit Kürzung: teilweise Streichung von Linien, zurückgehende Pünktlichkeit, längere Fahrzeiten und weiterer massiver Einschränkungen des ÖPNV. DIE LINKE beantragte im Planungsausschuss, diese Variante nicht weiter zu verfolgen, leider stimmten SPD und CDU dagegen.

Seniorenbeirat

◀ DIE LINKE unterstützt den Vorschlag aus dem Seniorenbeirat, diesen in einen direkt gewählten Seniorenrat mit eigenem Antragsrecht an den Rat umzuwandeln. Dafür wäre eine Änderung der Gemeindeordnung auf Landesebene notwendig, wie es in anderen Bundesländern bereits erfolgt ist. Aktuell kann der Seniorenbeirat keine eigenen Anträge stellen, sondern seine Anliegen nur über Umwege einbringen. Die demographische Entwicklung stellt die Stadtgesellschaft vor neue Herausforderungen. So fehlen z.B. altengerechte Wohnungen und passende Altenheimplätze für Migrant*innen. Eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Senior*innen ist notwendig.

Abschiebungen

◀ Die große Koalition aus SPD und CDU will Flüchtlinge abschieben, deren Anliegen noch nicht abschließend von der Härtefallkommission geprüft worden sind. Die Verfahren dort sollen nur noch acht Wochen abgewartet werden. Mit dieser völlig überzogenen Maßnahme profitieren sich SPD und CDU auf Kosten schutzbedürftiger Menschen. Die Härtefallkommission prüft in Fällen abgelehnter, aber geduldeter Asylbewerber*innen, ob nach internationalen Schutzstandards aus humanitären Gründen nicht doch ein Aufenthalt möglich ist. In der Regel werden aussichtslose Fälle schnell abgelehnt, aber in schwierigen Fällen kann es auch länger als acht Wochen dauern. Es wäre unanständig, diese Zeit nicht abzuwarten, zumal nur wenige Menschen betroffen sind.

Libanesisch-Kurden in Essen

Bleibeperspektive schaffen

Von Yilmaz Gültekin

Anlässlich der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 9. April in der Essener Innenstadt, an deren Höhepunkt ein 21-jähriger angeschossen wurde, der immer noch in Lebensgefahr schwelgt, ist die Diskussion um die sogenannten „Mhallami-Kurden“ und ihre „Parallelgesellschaften“ wieder entbrannt.

Die arabisch sprechenden Mhallami kommen aus der Region Mardin in der Osttürkei, weshalb sie auch Mardelli genannt werden. Ob es sich um Araber oder Kurden handelt, ist bisher nicht eindeutig geklärt, sodass verschiedene Theorien über ihre ursprüngliche Herkunft kursieren. Hier hat sich

der Begriff „Mhallami-Kurden“ oder „libanesisch-Kurden“ durchgesetzt.

Zunächst flüchteten die Mhallami in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor der Unterdrückung in der Türkei in den Libanon. Hier lebten die meisten als Staatenlose am Rande der Gesellschaft. Mit Beginn des Bürgerkriegs 1976 begann die Flucht nach Europa. Die meisten kamen nach Deutschland; Essen stellt mit rund 6.000 Angehörigen die zweitgrößte Gemeinde. Obwohl sie schon in der dritten Generation in Deutschland leben, besitzen allein in Essen im-



Yilmaz Gültekin ist Ratscherr für DIE LINKE Essen.

mer noch über 1.000 von Ihnen nur eine Duldung bzw. die sogenannte „Fiktionsbescheinigung“, die nur drei Monate gilt und immer wieder erneuert werden muss.

Grund dafür ist, dass die hierher gekommenen Bürgerkriegsflüchtlinge keine Staatsangehörigkeit nachweisen konnten, da sie ja bereits im Libanon staatenlos

waren. Doch selbst die Kinder und Enkel dieser Flüchtlinge werden dafür noch in Sippenhaft genommen und müssen sich von Duldung zu Duldung hangeln. Dabei sind die meisten Betroffenen hier geboren

und kennen den Libanon höchstens von Besuchen.

Dieses Konzept der Kettenduldungen erschwert die Integration in die Gesellschaft enorm. So war es früher aufgrund des Status nicht einmal möglich zu heiraten oder einen Führerschein zu machen, geschweige denn eine Arbeit anzunehmen. Den Betroffenen muss endlich ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gegeben werden, das ihnen Planungssicherheit und die Chance auf ein würdevolles Leben gäbe.

Die jetzt von Oberbürgermeister Thomas Kufen gemachte Ankündigung, Teilen der Mhallami-Kurden eine dauerhafte Bleibeperspektive zu geben, ist längst überfällig. Dies darf aber nicht nur auf „An-

ständige“ beschränkt sein. Denn gerade die Perspektivlosigkeit ist eine Ursache für das Abdriften auf die schiefe Bahn. Auftretenden Probleme haben ihre Ursache nicht in der Herkunft, sondern sind Ergebnis der jahrzehntelangen Ausgrenzung in Deutschland. Natürlich muss kriminelles Verhalten geahndet werden, doch nach der Strafe gilt auch das Recht auf Resozialisierung.

Damit die Versäumnisse der letzten Jahre wenigstens für die jungen Generationen etwas kompensiert werden können, darf eine dauerhafte Bleibeperspektive nur der erste Schritt sein. Sie muss mit konkreten Hilfen zum Aufbau einer eigenständigen Lebensperspektive und der Vermittlung in Arbeit verbunden werden.

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint Ende August, Redaktionsschluss: 18. August 2016.

„Schandfleck“ A40

Deckel und alles

drauf – wird gut?



Foto: Wilfried Bieneck

„Die erste Häuserzeile an der A40 ist nur der Lärmschutz für die zweite!“ Was der Autor dieser Zeilen seit langem sagt, dringt wieder ins Bewusstsein der Essener Politik. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die A40 in naher Zukunft östlich bis zur A52 und westlich bis Frohnhausen auf sechs Spuren ausgebaut sein wird. Damit bildet Essen das Nadelöhr für den motorisierten Verkehr. Unsere Stadt verwandelt sich von der Kulturhauptstadt zur „Stauhauptstadt“.

Von Ralf Fischer

Bereits in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts wurde die Idee geboren: Auf die A40 zwischen Wickenburgbrücke und Stadtmitte sollte ein Deckel drauf, um Lärm und Abgase von den Anwohnenden fern zu halten. Denn das Wohnen entlang der A40 macht im wahrsten Sinne des Wortes krank. Und noch bevor das Umweltbewusstsein in der deutschen Bevölkerung wach gerufen war, litten bereits die Hausbesitzenden an der A40 – unter Mieterschwund und sinkenden Grundstückspreisen. Denn wer immer kann, mietet oder kauft Wohnraum nicht ausgerechnet dort, wo man Tag und Nacht beschallt und bedieselt wird.

Das jetzt veröffentlichte Konzept des Werdener Stadtplaners Michael Happe beinhaltet gegenüber früheren Ideen eine

entscheidende Verbesserung. Es geht nicht mehr nur um einen Deckel auf der Autobahn, während ansonsten alles beim Alten bliebe. Der springende Punkt ist, den Deckel zu einem Tunnel zu machen, auf dem die U18 oberirdisch fährt, wo Fahrradwege und eine Flaniermeile für mehr Lebensqualität sorgen, während im Tunnel die dritten Fahrspuren für den Autoverkehr in beide Richtungen angelegt werden können.

Eine „Win-Win-Win-Situation“ könnte dabei heraus kommen. Die Anwohnenden profitieren gesundheitlich. Damit können



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

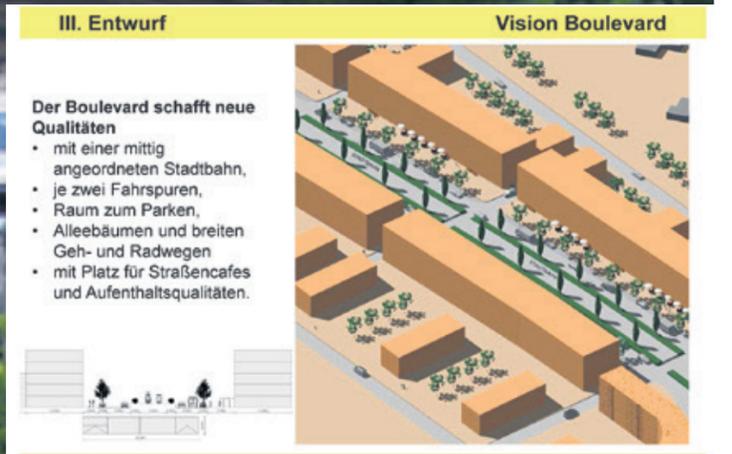
jede Richtung. Für Bahnfahrende ist oberirdischer Nahverkehr stets angenehmer als einer im Dunkeln. Für Radfahrende wäre ein guter Radweg da. Und zu Fuß Gehenden gefällt eine baumbestandene Fläche mit Straßencafés zum Aufenthalt und zum Flanieren. Mit anderen Worten: Der Vorschlag ist

die Hausbesitzenden leichter vermieten oder verkaufen. Die Autofahrenden gewinnen von der dritten Spur in

deswegen so gut, weil alle etwas davon hätten.

Doch die Umsetzung wäre schwierig. Planer Happe kalkuliert mit einer Bauzeit von 10-15 Jahren, einer zwischenzeitlichen Sperrung der Autobahn und der U18 mit reichlich Ersatzverkehr auf anderen Straßen. Doch für Happe wiegt dies weniger schwer als der enorme städtebauliche Gewinn durch die Aufwertung ganzer Stadtviertel und schlägt gleich noch einen weiteren Deckel im Osten des A40-Innenstadttunnels vor.

Die EVAG dagegen hält die Idee



Stadtplaner Michael Happe Foto: BKR

Abdruck der Plan-skizze mit freundlicher Genehmigung des BKR

nicht für realistisch. Es müssten teure Rampen gebaut werden, um die U18 vom Rhein-Ruhr-Zentrum zunächst auf den neuen Tunnel und dann wieder hinunter in den Innenstadttunnel zu führen. Außerdem sei eine

oberirdische Bahn langsamer wegen der vielen Querstraßen in Frohnhausen und Holsterhausen. Da vergisst EVAG-Sprecher Bertram Gröpper wohl, dass es dafür technische Lösungen gibt. Beispielsweise Ampelvorrangschaltungen für die Bahn, die – begründeten Gerüchten zufolge – an so manch einem Standort in Essen eigentlich bloß eingeschaltet werden müssten.

Eines aber ist das größte Hindernis: Geschätzte 200 Millionen Euro würden laut Happe an Baukosten für die Autobahn und ihren Tunnel entstehen, die vom Bund zu finanzieren wären. Auf die Stadt käme ein zweistelliger Millionenbetrag für den oberirdischen Ausbau der Wege und der Bahntrasse sowie der Erneuerung der angrenzenden Bebauung zu. Um wenigstens einen Teil davon zu stemmen, hat Happe ebenfalls einen Vorschlag: Anliegerbeiträge der Eigentümer entlang der Trasse. Denn diese profitierten schließlich von der Wertsteigerung ihrer Immobilien.

Immerhin sind alle Fraktionen im Rat von der Idee überzeugt und stellten gemeinsam den Antrag, die Stadt möge die Aufnahme des A40-Tunnels in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans fordern. Nach Drucklegung dieser Zeitung sollte dies im Rat beschlossen sein.

Andrea Terlisten ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen.

Tarifrunden

Berechtigte Forderungen – unverschämte Angebote

Ja, es gibt sie noch, die Themen, die Menschen bewegen, jenseits von „Flüchtlingskrise“ und der „Causa Böhmermann“.

Auch dieses Jahr kämpfen Kolleginnen und Kollegen für einen auskömmlichen Lohn und vernünftige Arbeitsbedingungen, sowohl in der Metall- und Elektroindustrie, als auch im öffentlichen Dienst. Und es gibt durchaus einen Kuchen, von dem die Kolleginnen und Kollegen zu Recht ein Stück einfordern. So haben die öffentlichen Haushalte einen Überschuss von 30 Milliarden Euro. Da ist eine Forderung von 6 Prozent wohl kaum überzogen.

Der Metall- und Elektroindustrie geht es nicht so schlecht, wie arbeitgeberseitig gern behauptet wird.

Immerhin haben die börsennotierten Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie zusammen einen Gewinn von 41,3 Milliarden Euro (vor Zinsen und Steuern) gemacht und milliardenschwere Dividenden an die Eigentümer ausgeschüttet. Die Forderung nach 5 Prozent mehr Lohn ist auch hier keineswegs „unvernünftig und unverträglich hoch“, wie die Arbeitgeberseite der IG Metall vorwirft.

Soweit eigentlich nichts Neues, aber der Ton wird schärfer. So legten die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde Metall/Elektro das niedrigste Angebot seit 1994 vor: 0,9 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12

Monaten und einer Einmalzahlung von 0,3 Prozent. Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall NRW, kommentierte dieses Angebot mit den Worten: „Das ist kein Angebot, das ist eine Provokation der IG Metall!“ Dementsprechend stehen die Zeichen derzeit nicht nur auf Warnstreik, auch ein unbefristeter Streik wird nicht ausgeschlossen.

Gutes Geld für gute Arbeit – das muss drin sein!

DIE LINKE. Essen diskutiert mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über die aktuellen Tarifrunden. Ort und Zeit: **Mittwoch, 11. Mai 2016, 18.30 Uhr**, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt.

fentlichen Dienst. Hier klaffen Gewerkschaftsforderung und Arbeitgeberangebot für Bund und Gemeinden ebenso weit auseinander. Die Arbeitgeber haben zuletzt eine Gehaltserhöhung um mickrige 0,6 Prozent vorgeschlagen. Die ersten Warnstreiks haben bereits stattgefunden. Auch in der Bergbau- und Chemieindustrie, bei den Piloten und am Bau wird derzeit verhandelt.

Wir dürfen gespannt sein auf die weiteren Entwicklungen und wie weit die Gewerkschaften gehen werden, um die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder durchzusetzen.

im öf-

Neues Urteil des Landessozialgerichts NRW

Mehr Geld für Azubis und Studis

Auszubildende und Studierende, die bislang vom JobCenter einen Zuschuss zu Ihren Wohnkosten zusätzlich zum BAFÖG erhalten haben, können sich nun über mehr Geld freuen. Das JobCenter Essen hat im Berufungsverfahren eines Auszubildenden anerkennen müssen, dass ihm zusätzlich zu Miete, Neben- und Heizkosten auch der Mehrbedarf für Warmwasser zu gewähren ist. Dies macht bei einem volljährigen Auszubildenden 9,29 Euro monatlich aus.



Rechtsanwältin Gabriele Junker ist Fachanwältin für Sozialrecht in Essen. Zusammen mit Propolis e.V. bietet sie seit 2005 im Büro des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen kostenlose Hartz4-Sprechstunden an; sie berät die Ratsuchenden in ihren Sprechstunden persönlich.

Die Richter stellten klar, dass es verfassungsmäßig geboten ist, bei der Ermittlung des Unterkunftsbedarfs der Auszubildenden keinen Unterschied zwischen dezentraler oder zentraler Warmwasseraufbereitung zu machen, um eine Ungleichbehandlung der Auszubildenden mit Hartz4-Beziehenden zu vermeiden. Auszubildende und Studierende, die bereits einen Zuschuss zu ihren Wohnkosten

erhalten, sollten daher bis Ende des Jahres beim JobCenter einen Antrag auf Überprüfung ihrer bestandskräftigen Zuschussbescheide stellen. Einzige Anspruchsvoraussetzung ist, dass sie ihr Warmwasser elektrisch aufbereiten (Landessozialgericht NRW, Aktenzeichen L7 AS 2363/14). Der Antrag kann formlos beim JobCenter gestellt werden, sollte aber schriftlich erfolgen. Hilfe gibt es u.a. in meinen Hartz4-Sprechstunden in Essen und Mülheim. Noch eine gute Nachricht: Nach

dem neuesten Entwurf zum neunten Gesetz zur Änderung des SGB II (Rechtsvereinfachung) soll es künftig auch für Auszubildende möglich sein, zusätzlich aufstockend AGL II unter Anrechnung von Auszubildungsvergütung und -förderung

zu erhalten. Selbst wenn kein Anspruch auf Ausbildungsförderung besteht, soll künftig ALG II beantragt werden können. Dies soll die Aufnahme von Auszubildenden erleichtern sowie die Bereitschaft zur Aufnahme einer Ausbildung erhöhen.

Auszubildende sind aktuell von Sozialleistungen ausgeschlossen. Sie waren auf die Leistungen zur Ausbildungsförderung beschränkt. Selbst wer gar keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung und auch ansonsten kein Einkommen für Lebensun-

Gerade Studierende und Auszubildende sind auf jeden Euro angewiesen

terhalt und Miete hatte, konnte keine SGB II-Leistungen während der Ausbildung erhalten. Würde dies zugunsten der Auszubildenden geändert, würde dies die Existenz einer Vielzahl betroffener Auszubildender zumindest erleichtern.



Offene Hartz4-Beratungen

Montags, 9.30 – 11.30 Uhr

Ev. Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Essen-Altendorf, mit RA Carsten Dams

Dienstags, 10.00 – 12.00 Uhr

Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Essen-Altenessen

Dienstags, 13.30 – 16.30 Uhr

Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Dienstags, 14.00 – 16.00 Uhr

Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstraße 3, Essen-Altendorf

Dienstags, 16.00 – 17.00 Uhr

Autonomes Zentrum, Auerstraße 3, Mülheim an der Ruhr, mit RA Gabriele Junker

Mittwochs, 9.00 – 11.00 Uhr

Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Essen-Huttrop

Mittwochs, 14.00 – 16.00 Uhr

Bürgerladen Hörsterfeld, Mierendorfer Weg 11, Essen-Horst

Mittwochs, 15.00 – 16.30 Uhr

Ev. Kirchengemeinde, Mierendorffweg 4, Essen-Freienbruch, mit RA Gabriele Junker

Mittwochs, 15.00 – 16.30 Uhr

Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Donnerstags, 9.00 – 12.00 Uhr

Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, Essen-Katernberg, mit RA Gabriele Junker

Donnerstags, 15.00 – 16.30 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE. Velbert, Offerstraße 14a, Velbert

Donnerstags, 16.00 – 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Gabriele Junker

Freitags, 9.00 – 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Rechtstraße 7-9, Borbeck-Mitte, mit RA Jan Häußler

Freitags, 9.00 – 12.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Essen-Steele, mit RA Carsten Dams

Freitags, 11.00 – 13.00 Uhr

Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Essen-Innenstadt

1. und 3. Freitag im Monat, 13.00 – 15.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße 15-17, 45888 Gelsenkirchen

Aktuelle Infos finden Sie auf <http://www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/>

Mietspiegel lässt Mietobergrenzen steigen

Das JobCenter muss neu rechnen

Von Rechtsanwalt Carsten Dams

Am 17.03.2016 war es endlich soweit. Der Gutachterausschuss der Stadt Essen veröffentlichte den Mietspiegel 2016, den ersten qualifizierten Mietspiegel seit gut zehn Jahren.

Ein qualifizierter Mietspiegel soll auf einer breiten, aktuell ermittelten Datengrundlage beruhen. Die Informationen über die Miethöhe wurden für diesen Mietspiegel neu erhoben, wobei 4.452 Wohnungs-Datensätze zum Stichtag 1. Juli 2015 ausgewertet wurden. Dass man den Mietspiegel, der Ende 2015 veröffentlicht werden sollte, dann „Mietspiegel 2016“ nennt, ist eine Stilfrage, deren Handhabung den Autor in Essen wenig verwundert. Dann liest es sich gefälliger, falls bis zur nächsten Auswertung wieder ein Jahrzehnt vergeht.

Für die Höhe der von der Stadt Essen für angemessen gehaltenen Miete in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und im Alter bzw. bei Erwerbsminderung – auch Hartz4 und Sozialhilfe genannt – spielen die Werte des Mietspiegels eine große Rolle, weil die „angemessene“ Miete laut Bundessozialgericht nach einem „schlüssigen Konzept“ ermittelt werden muss. Das erfordert u.a. eine Festlegung aufgrund einer geeigneten Datengrundlage. Hier nutzt die Stadt für die Grundmiete den Mietspiegel, für die Betriebs-/Nebenkosten den aktuellen Betriebskostenspiegel des deutschen Mieterbundes für NRW.

Es muss also dann, wenn sich Miet- oder Betriebskostenspiegel ändern, auch die Mietobergrenze angepasst werden.

Der Betriebskostenspiegel ändert sich jährlich, der Mietspiegel erst dann, wenn der Arbeitskreis Mietspiegel unter Federführung der Stadt seinen Aufgaben nachkommt.

Die aktuelle Änderung hat folgende Grenzen der Bruttokaltmiete (also Grundmiete plus Nebenkosten, aber ohne Heizkosten) ergeben. Die Stadt will sie mit Wirkung seit dem 1. März 2016 anwenden: Da die Stadt auf den naheliegenden bürgerfreundlichen Service verzichtet, die neuen Zahlen zu erläutern, darf dies ansatzweise vom Autor kurz nachgeholt werden:

Angemessene Bruttokaltmiete

1-Personen Haushalt	349,50 Euro
2-Personen Haushalt	444,60 Euro
3-Personen Haushalt	547,20 Euro
4-Personen Haushalt	659,30 Euro
5-Personen Haushalt	785,40 Euro
6-Personen Haushalt	868,80 Euro
7-Personen Haushalt	960,70 Euro
8-Personen Haushalt	1.048,60 Euro
9-Personen Haushalt	1.131,00 Euro
jede weitere Person	75,40 Euro



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht.

Bei den kalten Nebenkosten wird aktuell mit 1,93 Euro pro angemessenem Quadratmeter gerechnet. Im Rahmen der Grundmiete wechselt dieser Betrag je nach angemessener Wohnungsgröße. Bei einer 50 m² Wohnung für eine Einzelperson werden bspw. 5,06 Euro pro Quadratmeter angesetzt, bei rechnerischen 80 m² für eine Drei-Personen-Bedarfsgemeinschaft nur noch 4,91 Euro. Vier Personen/95 m²: 5,01 Euro. Und so weiter. Die Sprünge sind unterschiedlichen Werten im Mietspiegel für die Wohnungsgrößen geschuldet. Ob die Berechnungen der Stadt richtig sind, wird noch weiter zu prüfen sein. Schließlich gibt es bei der Begrenzung der Miete noch Sonderregelungen, bspw. für Schwerbehinderte, bei längerer Wohndauer oder vermeintlich unberechtigten Umzügen.

Fest steht: Wenn Ihre Miete nicht voll anerkannt – also gekürzt – wird, ist dies ein Anlass, sich möglichst unmittelbar nach Erhalt des Leistungsbescheides rechtlich beraten zu lassen. Eine Liste aller Essener Beratungsstellen finden Sie in der Tabelle auf dieser Seite.

Die Beratungsstellen, in denen der Autor als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht die kostenfreie Beratung stets selbst durchführt sieht man unter www.hartz4.nrw.de. Beratung kann helfen!



Nachahmenswerte Aktion: Teile Dein Ticket

von Jimmy Bulanik

Die Caritas-Jugend Essen, Young-Caritas im Ruhrbistum, hat mit finanzieller Unterstützung des Bistums Essen die Aktion „Teile dein Ticket“ ins Leben gerufen. Das Projekt heißt „Flüchtlinge mitnehmen“. Zeige mit diesem Button an: „Mitfahrer/in auf meinem Ticket willkommen“. Mit Erfolg.

Studierende oder Inhaber*innen von Monatskarten befestigen diese Buttons sichtbar an der Jacke oder auf dem Rucksack. Sie nehmen im Rahmen ihres Geltungsbereiches wie werktags ab 19 Uhr oder über das Wochenende eine weitere Person auf ihrer Fahrkarte mit. Unabhängig vom Verkehrsverbund oder Bundesland. Geflüchtete werden auf diese Weise mobiler und haben größere Chancen, an der Gesellschaft teilzuhaben.

Ob aus alltäglich praktizierter Nächstenliebe oder philanthropischer Geisteshaltung – andere ziehen den Begriff Solidarität vor. In der Zielsetzung besteht Einigkeit: „Es gibt nichts Gutes außer man tut es.“ So ein bekanntes Zitat von Erich Kästner. Alle können ein Teil des Erfolges werden, die Initiative in ihre eigenen Hände nehmen.

Beim Caritasverband für das Bistum Essen e.V., Am Porscheplatz 1, 45127 Essen, arbeitet die zuständige Ansprechpartnerin, Rebecca Radmacher. Bei ihr kann man sich melden, um Material oder Buttons zu bestellen.

Jugend macht mobil

Ein gutes Leben für alle!

Von Jules El-Khatib

Im vergangenen Sommer sprachen noch alle Medien von der Willkommenskultur. Davon ist heute kaum noch etwas zu spüren. Stattdessen vollzieht sich ein gesellschaftlicher Rechtsruck. Jugendorganisationen aus Essen und Duisburg wollen sich dem entgegenstellen und haben das „Bündnis für ein gutes Leben für alle“ gegründet, das am 3. Mai mit einer Demo gegen Sozialabbau und Rassismus in die Offensive geht. Die örtliche DGB-Jugend, die Linksjugend Ruhr, die Jusos, die SDAJ, die Bezirkschüler*innenvertretung und andere sind mit dabei.

In den meisten Städten sind antirassistische Proteste meist nur eine Reaktion auf rechte Demos von Pegida, AfD oder NPD. Dies will das „Bündnis für ein gutes Leben für alle“ ändern. In einer Erklärung heißt es zu den Folgen des Rechtsrucks: „Zeitgleich werden die Außengrenzen dicht gemacht und die Festung Europa weiter gegen jene Menschen abgeschirmt, die vor Krieg und Verfolgung, Tod und Zerstörung fliehen. Gegen die Ursachen der Flucht – wie z.B. Kriege und Waffenhandel – wird allerdings nichts getan, denn an diesen verdienen die Großkonzerne.“ Sowohl soziale als auch antirassistische Fragen anzugehen, soll



durch vier Forderungen gewährleistet werden. Die erste „Kein Mensch ist illegal – Nein zur Festung Europa, nein zum Krieg“ macht deutlich, dass Krieg eine der Ursachen für Flucht ist.

Kostenlose und gute Bildung für alle

Der Bildungsbereich steht zunächst im Mittelpunkt. Denn während 135 Milliarden Euro in den kommenden Jahren für Aufrüstung ausgegeben werden sollen, wird im Bildungssektor gespart. Schul- und Universitätsgebäude befinden sich in einem immer schlechteren Zustand. Dieser Zustand soll geändert und eine gute und kostenlose Bildung für alle Menschen durchgesetzt werden, die sich nicht dem herrschenden Spar-



Der Autor ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

diktat unterordnet. Als Ziel des Bündnisses kann eine solidarische Gesellschaft verstanden werden, in der nicht nur die Reichsten vom Wohlstand der Gesellschaft profitieren sondern alle Menschen. Der rassistischen Hetze der Rechten soll diese solidarische Utopie der Gesellschaft entgegengesetzt werden, in der Rassismus und Diskriminierung kein Gehör mehr finden. Wer diese Ziele unterstützt, sollte sich am 3. Mai um 12 Uhr am Viehofer Platz in Essen einfinden und mit dafür sorgen, dass es ein lautstarkes Signal für Solidarität und Antirassismus gibt.



Foto: Stefan Dolge

Nazi – Go Home!

Essen hat sich quergestellt

Von Sonja Neuhaus

Das Bündnis „Essen stellt sich quer“ und alle anderen antifaschistischen Kräfte in Essen hatten im April eine Menge zu tun: Gleich zwei Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen fanden hier statt.

Die NPD, gegen die das Verbotverfahren gerade in vollem Gange ist, hatte für den 2. April eine Demonstration unter dem Motto „Einmal Deutschland und zurück! Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen!“ durch das Essener Südviertel angemeldet. Rund 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten sich an den Gegenprotesten, die in einem bunten Fest mit Bands am Stadtgarten mündeten. Für DIE LINKE hielt Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke eine Rede, in der sie klarstellte, dass in Essen kein Raum für fremdenfeindliche Hetze ist. Der RVR sowie die Emschergenossenschaft, deren Gebäude direkt an der Route der Neonazis lagen, setzten mit Transparenten an ihren Häuserwänden ebenfalls klare Kante gegen Rassismus. Schon eineinhalb Wochen spä-

ter stand die nächste rechte Demonstration an: Ein Ableger der Pegida-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) meldete unter den Namen „Essen gegen Politikwahnsinn“ eine Demonstration für den 13. April in der Innenstadt an. Das Bündnis „Essen stellt sich quer“ erfuhr erst einen Tag vorher, dass es sich um einen Aufzug und nicht um eine stationäre Kundgebung handelte. Diese Tatsache hatte die Polizei in einem vorhergegangenen Kooperationsgespräch verschwiegen. Insgesamt kritisiert „Essen stellt sich quer“ das Verhalten der Polizei scharf. Auf Absprachen sei kein Verlass, und man habe durch das Untersagen von Kundgebungsorten nahe der Route der rechten Demonstration das Gefühl, dass ein „demokratischer Protest nicht erwünscht“ sei, so Max Adelman in einer Pressemitteilung des Bündnisses. Immer wieder hatte es in den vergangenen Jahren Probleme



Sonja Neuhaus ist Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Foto: Stefan Dolge

mit der Polizei gegeben. So am 1. Mai letztes Jahres, als Gegendemonstrantinnen und -demonstranten über eine Stunde in einem Tunnel am Essener Hauptbahnhof durch Beamte der Bundespolizei eingekesselt und mit Hunden ohne Maulkorb bedroht wurden. Oder bei der Demonstration gegen die „Hooligans gegen Salafisten“ im vergangenen

September, bei der bewaffnete Hooligans durch einen Fehler der Polizeiführung auf die Gegendemonstration losgingen. In beiden Fällen stehen bis heute die durch den Polizeipräsidenten versprochene Aufklärung und Entschuldigung aus.

Nichtsdestotrotz lassen sich die demokratischen Kräfte Essens nicht entmutigen. So demonstrierten auch am 13. April mehrere hundert Essenerinnen und Essener in der Innenstadt. Auch DIE LINKE lässt sich von der Polizei nicht einschüchtern. Wir kommen wieder, wenn es heißt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Wehret den Anfängen!

NSU-Terror – Woche des Gedenkens:

Verfassungsschutz in schlechter Verfassung

Am 4. April 2006, vor genau zehn Jahren also, wurde der Dortmunder Kioskbetreiber Mehmet Kubaşık Opfer von Rechtsterroristen des „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“. Nur zwei Tage später ermordeten dieselben Täter Halit Yozgat, Betreiber eines Internetcafes in Kassel. Nur zwei der vermutlich zehn NSU-Opfer.

Auf Gedenkveranstaltungen in Dortmund und Kassel, an jeweils denen mehrere Hundert Menschen teilnahmen, wurde einhellig das Verlangen nach Aufklärung bekräftigt. Trotz NSU-Prozess in München gibt es hierbei kaum Fortschritte. Vor allem das Versagen der Strafverfolgungsbehörden und Verfassungsschutzämter ist an vielen Punkten deutlich.

Bis heute ist nicht geklärt, warum Akten vernichtet, Spuren beseitigt und Hinweise auf die rechte Szene ignoriert wurden, warum V-Leute kaum Aussagegenehmigungen bekommen, was V-Mann Andreas Temme zur Tatzeit am Kasseler Tatort zu suchen hatte, wer dem NSU-Trio die Mordwaffe besorgte und welchen Weg sie nahm, wie groß eigentlich das Unterstützernetz-



Elif Kubaşık bei der Einweihung des Gedenksteins zu Ehren ihres ermordeten Mannes am 24.09.2012 in Dortmund

Foto: J.Bulanik

werk war und wer alles dazu gehörte.

Von der Finanzierung der rechten Szene bis hin zur Vertuschung der Taten deutet bis heute alles darauf hin, dass Teile

unserer Staatsorgane tief in die Mordserie verstrickt sind. Die Angehörigen der Opfer und mit ihnen die gesamte deutsche Zivilgesellschaft fordern die rückhaltlose Aufklärung dieser Staatsaffäre.

Gabriele Giesecke, DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen

NPD endlich verbieten!

Rede zu der Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Essen am 2.4.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

es ist bedrückend, dass heute die NPD wieder durch Essen marschieren kann und die Polizei keine Handhabe gesehen hat, der braunen Brut den Aufmarsch zu verbieten. Umso wichtiger ist es, dass das NPD-Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht endlich zu einem Verbot der NPD führt.

Uns allen ist natürlich klar, dass ein Verbot der NPD nicht das Phänomen des Rechtsextremismus in Deutschland löst. (...) Trotzdem wäre ein Verbot ein wichtiges Signal. Ein Signal, dass eine Politik, die dem Nationalsozialismus wesensverwandt ist, in unserem Land keinen Platz hat. Dass eine Politik, die die Menschenwürde, die Freiheits- und Gleichheitsrechte missachtet, eine Politik, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angreift, in unserem Land keinen Platz hat.

Ein Verbot der NPD würde den unerträglichen Zustand beenden, dass diese menschenverachtende Politik auch noch durch Steuergelder finanziert wird, und endlich der NPD das Parteienprivileg entziehen. Die Mobilisierung der rechten Szene hat gerade im letzten Jahr deutlich zugenommen. Es ist unerträglich, dass Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zunehmen, dass Menschen, die vor Not und Gewalt geflohen sind und bei uns Schutz suchen, angegriffen und angefeindet werden.

Das Verbot der NPD wäre ein wichtiges Zeichen, aber natürlich muss weit mehr getan werden. Dazu gehört Aufklärung, in den Bildungseinrichtungen, in den Schulen, in der Kultur, in der Politik und allen gesellschaftlichen Bezügen. Dazu gehört die Finanzierung von Projekten gegen rechtes Gedankengut. (...) Und wir sind in der Pflicht, Bürgerinnen und Bürger dort zu unterstützen, wo

sie sich aktiv für ein offenes und friedliches Miteinander einsetzen. So z.B. die vielen Menschen, die sich aktiv in die Runden Tische einbringen, die Flüchtlinge dabei unterstützen, sich in ihrer neuen Heimat einzufinden.

Dabei dürfen wir über Problemlagen nicht hinweggehen, sondern müssen Lösungen entwickeln. DIE LINKE Ratsfraktion hat deshalb im letzten Herbst erneut angeregt, dass ein umfassendes Konzept für die Integration von Flüchtlingen in Essen entwickelt werden muss. Leider ohne Erfolg. Dabei fehlen Kita-Plätze – nicht nur für Flüchtlingskinder. Dabei brauchen wir dringend neue Schulplätze, wir brauchen zusätzliche Sprachkurse, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Die Unterbringung von mehreren tausend Flüchtlingen in unwürdigen Zelten muss schnellstens beseitigt werden. Die Unterbringung in Zelten ist für Flüchtlinge unerträglich und fördert Ressentiments in der Bevölkerung. Eine humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen und eine soziale Stadtteilentwicklung, die vor allem Stadtteile mit einem hohen Anteil von ärmeren Menschen gezielt fördert, ist notwendig. (...) Essen ist in der Lage, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren – und zwar in allen Stadtteilen. Wir LINKE wollen, dass die Stadt Essen auch sichtbare Zeichen setzt. Wir wollen, dass Essen sich der Städtekoalition gegen Rassismus anschließt und aktiv die interkulturelle Orientierung ausbaut. Das Verbot der NPD würde es uns in Essen erleichtern, eine soziale und antirassistische Politik weiterzuentwickeln. Ein Verbot der NPD würde es möglich machen, Aufmärsche wie den heutigen zu verbieten. (...) Das Verbot der NPD wäre ein wichtiger Schritt, dem braunen Spuk ein Ende zu setzen.

Bis dahin werden wir so wie heute der NPD und allen antidemokratischen Kräften aktiv – auch auf der Straße – entgegenzutreten.

Bundeswehr raus aus Mali!

Feuer löscht man nicht mit Öl!

Die Zahl der Bundeswehreinheiten nimmt seit Jahren zu. Kaum eine Sitzungswoche im Bundestag vergeht, bei der nicht ein neuer Einsatz abgestimmt oder ein bestehender Einsatz verlängert wird. Am 14. April ging es um die Ausweitung des Mali-Einsatzes. Wir dokumentieren die Rede unseres Bundestagsabgeordneten Niema Movassat, der auf Verteidigungsministerin von der Leyen antwortete.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum vierten Mal wollen Sie von der Bundesregierung sich vom Bundestag ein Mandat für die deutsche Beteiligung an einer europäischen Trainingsmission für das malische Militär erteilen lassen. Erst im Januar wurde das Bundeswehrkontingent für den UN-Einsatz MINUSMA in Mali massiv aufgestockt. Nun geht es heute ausnahmsweise nicht um die Entsendung von mehr Soldaten. Aber mit dem neuen Mandat bekommt die Trainingsmission einen ganz neuen Charakter; denn bisher agierten die Bundeswehrausbilder im halbwegs friedlichen Süden Malis. Deshalb beschrieb die Bundesregierung den bisherigen Einsatz als sicher. Mit dem neuen Mandat aber wollen Sie deutsche Soldaten

auch in den gefährlichen Norden Malis schicken. Das ist eine massive Ausweitung des Einsatzgebietes. Das Ganze erinnert mich an eine Salamitaktik. Erst schickt man wenig Soldaten und diese in weitgehend sichere Gebiete, dann schickt man mehr Soldaten und weitet das Einsatzgebiet auch auf gefährlichere Regionen aus. So wollen Sie die deutsche Bevölkerung offenbar Schritt für Schritt daran gewöhnen, dass die Bundeswehr immer mehr Teil des bewaffneten Konflikts in der Sahel-Region wird. Sie machen Deutschland mehr und mehr zur Konfliktpartei in der Region, und das lehnt DIE LINKE strikt ab. Vor drei Jahren versprach uns die Bundesregierung, dass sich die Terrorgefahr in Mali und der Sahel-Region durch diese Militärmission und die Bundeswehrebeteiligung beseitigen ließe. Das war der Kern der Begründung. Aber was damals für Afghanistan galt, gilt auch für den Bundeswehreininsatz jetzt in Mali: Terror kann man nicht mit Krieg besiegen. Was Sie machen, ist blau-äugig, und es ist brandgefährlich. Sie versuchen, Feuer mit Öl zu löschen. Die Folge: Der Brand wird größer, der Terror nimmt zu. So gab es Anschläge gegen die Hauptquartiere von EUTM und MINUSMA in Malis Hauptstadt Bamako. Zudem gab es in der Region drei fürchterliche Terrorangriffe auf Hotelanlagen in Bamako, in Ouagadougou in Burkina Faso und bei Abidjan in der Elfenbeinküste. Die Realität ist doch: Je mehr Sol-



Foto: Bundeswehr/Bärwald

daten ins Ausland entsendet werden, desto mehr verschlechtert sich die Sicherheitslage in Afrika und hier in Europa. Deshalb wäre es richtig und wichtig, wenn Sie endlich anfangen würden, die sozialen Ursachen des Terrors zu bekämpfen, statt ständig Soldaten in alle Welt zu schicken. Durch das neue Mandat wird sich übrigens auch der Personenkreis der ausgebildeten Soldaten verändern. Künftig wollen Sie eben nicht nur das malische Militär ausbilden, sondern auch Soldaten aus fünf anderen Ländern der Sahel-Region. Darunter werden auch Soldaten aus dem Tschad sein. Im Tschad herrscht eine Militärdikta-

Terror kann man nicht mit Krieg besiegen



Niema Movassat, MdB DIE LINKE, spricht sich strikt gegen eine Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali aus: „Während genug Geld dafür da ist, Soldaten nach Mali zu schicken, gibt es nicht genug Geld, die Flüchtlinge vor dem Verhungern zu retten. Das ist eine Schande!“

tur. Sie wollen also eine Militärdiktatur dabei unterstützen, besser ausgebildete Soldaten zu haben. Das ist wirklich beschämend. Die große Frage bei solchen Einsätzen ist auch immer: Nutzen sie der Bevölkerung? Die Antwort ist hier: Nein! Denn Malis größtes Problem ist die desaströse wirtschaftliche Lage nach Jahrzehnten des Kaputtsparens unter neoliberalen Struktur Anpassungsmaßnahmen. Die Armut im Land nimmt immer weiter zu. Zwei Drittel der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze und das, obwohl es viele Rohstoffe gibt und das Land eigentlich die Ressourcen hätte, allen Bürgern ein Leben in Würde zu ermöglichen. Aber die malischen Politiker und ihre europäischen Partner haben

sich vor allem immer um ihre eigenen Interessen gekümmert und nicht um die Interessen der Bevölkerung Malis. Auch die jetzige malische Regierung ist nicht gewillt, dem Wunsch der Bevölkerung nach sozialer Sicherheit und Frieden entgegenzukommen. So rief ein Gewerkschaftsverband jetzt zum Streik auf, weil die Regierung sich absolut nicht kompromissbereit zeigt. Die Regierung verweigerte auch die Teilnahme an einem Friedensforum in Kidal. Die internationale Gemeinschaft versagt auch bei der Lösung der Flüchtlingsfrage. Nach wie vor leben in den Nachbarländern Malis 130.000 Flüchtlinge. Das Welternährungsprogramm musste die Essensrationen aufgrund der geringen Zusagen der Geberländer kürzen. Während genug Geld dafür da ist, Soldaten nach Mali zu schicken, gibt es nicht genug Geld, die Flüchtlinge vor dem Verhungern zu retten. Das ist eine Schande! Frau von der Leyen, wie im Afghanistan-Krieg, aus dem die Bundesregierung wirklich nichts gelernt hat, verstricken Sie Deutschland nun auch hier Stück für Stück in einen undurchschaubaren Konflikt. Sie schaffen neue Fluchtgründe, statt sie zu beseitigen. Sie gefährden die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger, statt sie zu schützen. Sie geben Geld für das Militär aus, statt der Bevölkerung und den Flüchtlingen vor Ort ausreichend zu helfen. Ihnen geht es um die Stärkung der globalen Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. Dazu und zu diesem Mandat wird DIE LINKE Nein sagen.“



Lesung zum Gaza-Krieg

Frühstück mit der Drohne

Während des letzten Gaza-Krieges im Sommer 2014 schrieb Atef Abu Saif, an allen 51 Kriegstagen in sein Tagebuch. Nun wurde es veröffentlicht. In Essen findet nun eine Lesung mit ihm statt, eingeführt von einem Vortrag des Bundestagsabgeordneten Niema Movassat.

9. Mai 2016, 18 Uhr, DIDF-Kulturzentrum, Heilermannstr. 5, 45138 Essen, Nähe EVAG-Haltestelle Wasserturm.

„Wenn er kommt, spürst du zunächst seinen Geruch, seine besondere Note. Schon als Kind lernst du, ihn zu erkennen, wenn du in diesen engen Straßen aufwachst. Du entwickelst ein Talent dafür, ihn zu wittern, ihn in der Luft zu schmecken. Du kannst ihn beinahe sehen. Wie ein Hexentier lauert er in jedem Schatten, folgt dir auf dem Fuß bei jedem Schritt.

Wer diese Fähigkeit nicht verlernt, kann voraussagen, dass er kommt. Manchmal Stunden, manchmal Tage, bevor er wirklich da ist. Du kannst dich nicht täuschen. Es ist Krieg.“ Mit diesen Worten beginnt



das bewegende Tagebuch über Leben, Sterben und Überleben während des Gaza-Krieges.

Dr. Atef Abu Saif wurde 1973 in Jabalia/Gaza geboren. Er lehrt Politikwissenschaften und Kreatives Schreiben an der Al-Azhar-Universität in Gaza-Stadt, ist als Journalist und Schriftsteller tätig. Das Regionalbüro Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah hatte mit ihm zuvor bereits in einem Projekt über den Einsatz israelischer Drohnen zusammengearbeitet. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen in der Studie „Sleepless in Gaza. Israeli Drone War on the Gaza Strip“ (2014) vor.

Atef Abu Saif, Frühstück mit der Drohne - Tagebuch aus Gaza, aus dem Englischen von Marianne Bohn, 256 Seiten, Unionsverlag Zürich, ISBN 978-3-293-00492-4, Preis: 19,95 Euro.

Wahlkreisfahrten

Auf Du und Du mit dem Bundestag

Jedes Jahr können Bundestagsabgeordnete drei Wahlkreisfahrten durchführen. Hierbei reisen jeweils bis zu 50 Personen aus dem Wahlkreis für vier Tage nach Berlin. Die Fahrten sind, bis auf eine kleine Pauschale für Eintritte und Führungen von maximal 15 Euro, kostenlos. Die Kosten für die Zugtickets, Hotels und Verpflegung übernimmt das Bundespresseamt. Während des Aufenthalts lernt die Gruppe die politischen und historischen Seiten Berlins kennen. Es gibt eine Stadtführung und Besuche von Museen, des Bundestages und nicht zuletzt des Karl-Liebknecht-Hauses, das ist die Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Meine erste Wahlkreisfahrt in diesem Jahr führte die Gruppe zwischen dem 23. und 26. Februar nach Berlin. Am Dienstagnachmittag bezog sie zunächst ihr Hotel im Prenzlauer Berg. Ich stieß zum Abendessen hinzu, um die Gruppe

zu begrüßen.

Das informative Programm startete am Mittwochmorgen mit einer alternativen Stadtführung, bei der die „rebellischen“ Seiten Berlins gezeigt wurden. Denn während sich die offiziell vom Bundespresseamt angebotene Stadtrundfahrt eher an den touristischen Sehenswürdigkeiten orientiert, ist es uns wichtig, auch das andere Berlin zu zeigen. So ging die Besuchergruppe auf Spurensuche durch ein Berlin der Aufstände und Revolutionen. Anschließend ging es ins Museum „Alltag in der DDR“, welches mit einem Augenzwinkern Aspekte der ostdeutschen Lebenswirklichkeit zeigt. Als letzter Programmpunkt besuchte die Gruppe die Dauerausstellung „Topographie des Terrors“. Auf dem Gelände der 1933 bis 1945 die wichtigsten Zentralen des nationalsozialistischen Terrors: die Geheime Staatspolizei mit eigenem „Hausgefängnis“, die

Reichsführung SS, der Sicherheitsdienst (SD) der SS und während des Zweiten Weltkriegs auch das Reichssicherheitshauptamt. Ein Tag steht ganz im Zeichen des Parlamentarismus und der Politik. So startete die Gruppe am Donnerstagmorgen mit einem Abstecher in das Karl-Liebknecht-Haus, wo eine tolle Diskussion mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Tobias Pflüger stattfand. Danach ging es zum Planspiel in den Deutschen Dom, wo die Mitreisenden eine Bundestagsdebatte nachspielten und sich mal wie „echte Politiker“ fühlen konnten. Dank der schauspielerischen Talente und des Humors des „Bundestagspräsidenten“ war es eine sehr unterhaltsame und kurzweilige Angelegenheit, bevor die Gruppe Richtung Bundestag ging. Dort berichtete ich zunächst aus dem Alltag eines Abgeordneten, um im Anschluss auch über aktuellen Themen zu diskutieren. Auf der Besuchertribüne konnte dann eine Plenarsitzung live verfolgt werden. Am Abreisetag besuchte die Gruppe als letztem Programmpunkt das Jüdische Museum, was nicht nur inhaltlich, sondern auch architektonisch absolut klasse war und eigentlich mehr Zeit zur Entdeckung verdient hätte. Gegen Mittag ging es mit dem ICE zurück ins Ruhrgebiet. Du hast Lust bekommen, selbst an einer Wahlkreisfahrt teilzunehmen? Dann melde dich ab Ende Juli für die nächste Fahrt im September an.

MdB Niema Movassat

Niema Movassat wurde als Sohn iranischer Eltern in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur in Oberhausen studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein juristisches Staatsexamen mit der Note „gut“ am OLG Düsseldorf ab. 2009 zog er erstmals in den Bundestag ein. Er ist developmentpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag.

Sie erreichen sein Büro unter der Anschrift Heinz-Renner-Haus, Severin-Str. 1, 45127 Essen, Telefon 0201/81337730, Telefax 0201/81337731, E-Mail niema.movassat.ma06@bundestag.de. Die Website ist unter www.movassat.de erreichbar. Das Bürger*innenbüro ist geöffnet von Montags bis Donnerstags von 10 bis 16 Uhr.

Essener Blutsonntag

Vorwärts – und nicht vergessen!

Vor 64 Jahren starb Antifaschist und KPD-Mitglied Philipp Müller in Essen durch die Schüsse eines Polizeibeamten. Der 11. Mai 1952 ging als „Essener Blutsonntag“ in die Geschichte ein und wird von vielen linken Aktivist*innen als Mahntag begangen. Doch abseits davon verschwindet das Gedenken immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung: 2012 wurde in Halle an der Saale eine der letzten Philipp-Müller-Straßen in Willy-Brandt-Straße umbenannt.



Familien-grab Philipp Müller in München-Neuaußing
Foto: ML-Fotos CC-by-sa/Wikipedia

Im März 1952 rief der evangelische Pfarrer Herbert Mochalski zur „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“ auf, die am 11. Mai in Essen stattfinden sollte. Einen Tag vor der Veranstaltung verbot der damalige christdemokratische NRW-Innenminister Karl Arnold die Kundgebung. Vorgeblich standen keine ausreichenden Polizeikräfte zur Verfü-

gung. Dennoch fanden sich über 30.000 Aktivistinnen und Aktivistinnen in Essen ein. Die meisten Veranstaltungen wurden schnell von der Polizei aufgelöst. Lediglich die Demonstrierenden vor der Grugahalle widersetzten sich und bestanden auf ihrem Demonstrationsrecht. Im weiteren Verlauf wurden die Auseinandersetzungen hitziger – Steine flogen, Warnschüsse wurden abgegeben. Ein Aktivist berichtet später, auf Seiten der Polizei den Befehl „Feuer frei“ gehört zu haben. Wenig später ging Philipp Müller zu Boden. Auch der Sozi-

aldemokrat Bernhard Schwarze und der Gewerkschafter Albert Bretthaus wurden getroffen, überlebten ihre Verletzungen jedoch. Für Müller, der durch den Rücken direkt in Lunge und Herz getroffen wurde, kam jede Hilfe zu spät. Er wurde 21 Jahre alt. Was Müller und alle Protestierenden vor über 60 Jahren verhindern wollten, wurde in den folgenden Jahren mit aller Macht durchgesetzt und hat sich bis heute immer stärker entwickelt. Die Bundeswehr dringt immer weiter in den Alltag der Menschen ein: In der Bravo und im Fernsehen schaltet sie Werbung, in JobCentern und an Schulen wirbt sie Soldatinnen und Soldaten. Bis 2019 soll der Etat der Bundeswehr auf 35 Milliarden Euro ansteigen – das ist bereits jetzt der zweitgrößten Haushaltsposten! Doch der Wunsch und die Forderungen der Friedensbewegung von 1952 sind, mit Blick auf die Ukraine und die deutsche Nahost- und Afrikapolitik, aktueller denn je.

Daniel Kerekes

Rettet das WDR-Funkhaus Europa!

Das Funkhaus Europa liegt im Sterben. Doch es darf nicht sterben. Dort spielen DJs undergroundige Tracks, Moderator*innen aus Serbien, Spanien, Frankreich, Russland & Co. verbinden mit ihren Radio-Shows Europa. Dieser Radiosender verkörpert genau jenes Europa, welches wir lieben: europäischer Kulturaustausch mit all seiner Sprach- und Musikvielfalt.

Momentan leben in Deutschland mehr Menschen als je zuvor, die vom mehrsprachigen Angebot des Funkhaus Europa profitieren können: Nachrichten auf Türkisch, Kurdisch, Italienisch, Serbisch, Russisch oder Arabisch zeigen Deutschland in seiner ganzen Vielfalt. Das Programmangebot ist somit ein „integrationspolitischer Faktor“, wie die LINKE Landessprecherin Özlem Demirel es nennt.

Und ja, der Sender ist ein toller Sender: Egal ob man Samstags

einschaltet und dem lieverückten Balkanizer mit den Klängen Südosteuropas lauscht oder Supermercado, die die besten romanisch-sprachigen Songs bringen. Auf orientalische Klezmer-Musik folgt französischer Chanson.

„Mit der Programmreform von Funkhaus Europa droht nun ein beispielloser Kahlschlag, der uns schockiert, wütend macht und Fragen aufwirft. Eine der letzten Oasen für kreatives Radio wird abgewickelt. Ein einzigartiges Musikprogramm wird eingeebnet – eine Bankrotterklärung für die Verantwortlichen im WDR“, heißt es in einer Onlinepetition auf Change.org, die alle unterschreiben sollten!

DIE LINKE fordert den WDR und seine Rundfunkratsmitglieder deshalb auf, die geplante Änderung des Programmschemas nicht umzusetzen.

Daniel Kerekes

DIE LINKE. Essen-West lädt zum Gespräch mit Frau Raskob:

Essen hebt sein grünes Haupt

Projekte zur Grünen Hauptstadt auf dem Prüfstand

Essen hat die Bewerbung zur Grünen Hauptstadt Europas 2017 erfolgreich absolviert und darf sich nach Hamburg (2011) als zweite Stadt in Deutschland mit diesem Titel der Öffentlichkeit präsentieren. Anlass für DIE LINKE. Essen-West, die Beigeordnete der Stadt Essen Simone Raskob, die für die Umsetzung des Konzeptes verantwortlich zeichnet, zu einer öffentlichen Gesprächsrunde einzuladen:

18. Mai 2016, 19 Uhr, Begegnungsstätte des Mehrgenerationenhauses, Kerckhoffstraße 22b gegenüber der Lutherkirche

Das Konzept der Essener Bewerbung umfasst 12 Themengebiete, zu denen die Entwicklung des Nahverkehrs, die Gestaltung der Städtischen Grünflächen sowie Öko-Innovationen und nachhaltige Beschäftigung gehören. Essenerinnen und Essener reichten

über 260 Ideen für Projekte oder eigene Aktionen beim Projektbüro der Stadt ein, damit die Grüne Hauptstadt deutlich erlebbar wird. Welche Projekte aus der Vielzahl der Themenfelder werden umgesetzt? Wo entsteht nachhaltige Beschäftigung? Ist Hilfe und bürgerschaftliches Engagement im Besonderen gefragt?

Diesen und anderen Fragen soll zusammen mit Frau Raskob und interessierten Bürgerinnen und Bürgern nachgegangen werden. Auch Vertreter*innen von Transition Town sind eingeladen. Darüber hinaus will Udo Seibert, Mitinitiator des ersten Gemeinschaftsgartens an der Diergardstraße und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss von Grün und Gruga, die Idee der Gemeinschaftsgärten, von denen es im Bezirk be-



Heike Kretschmer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. in der BV3

rei drei gibt, vorstellen und mit Frau Raskob über die Gestaltung der Parks im Bezirk sprechen. Nicht nur die Frohnhauser Initiative Parkfiction, sondern auch Grün und Gruga haben eine Menge Ideen, wie die Stadtparks sich zukünftig gestalten könnten. 2017 wäre die Gelegenheit, einen Teil der Ansätze auf den Weg zu bringen. DIE LINKE. Essen-West startet mit dieser Veranstaltung ihre Reihe „Im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern“, die nach der Sommerpause regelmäßig alle drei Monate stattfinden wird.

Essen-West

Soziale Infrastruktur erweitern

Die Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Essen-West beantragte in die letzte Sitzung der Bezirksvertretung einen Antrag zur Erarbeitung eines Konzeptes zum bedarfsgerechten Ausbau der sozialen Infrastruktur für den Bezirk 3. Dieser wurde mehrheitlich angenommen.

Angesichts des verstärkten Zuzuges von Menschen in den Bezirk, so Fraktionsvorsitzende Heike Kretschmer, zeigten sich massive Engpässe bei Kita- und Grundschulplätzen. Gleiches stellt sie auch in Bezug auf die umfassende medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, das Vorhandensein von Freizeiteinrichtungen oder Familienberatungsstellen fest. Kretschmer weiter: „Die Gründe dafür sind nicht nur in der Zuwanderung zu suchen. Auch die Steigerung der Geburtenzahlen sowie die Neu-

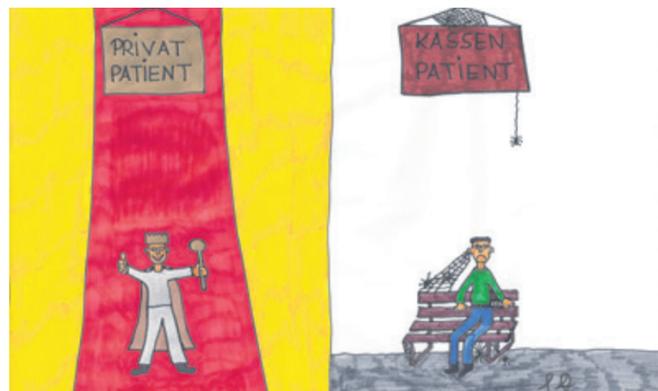
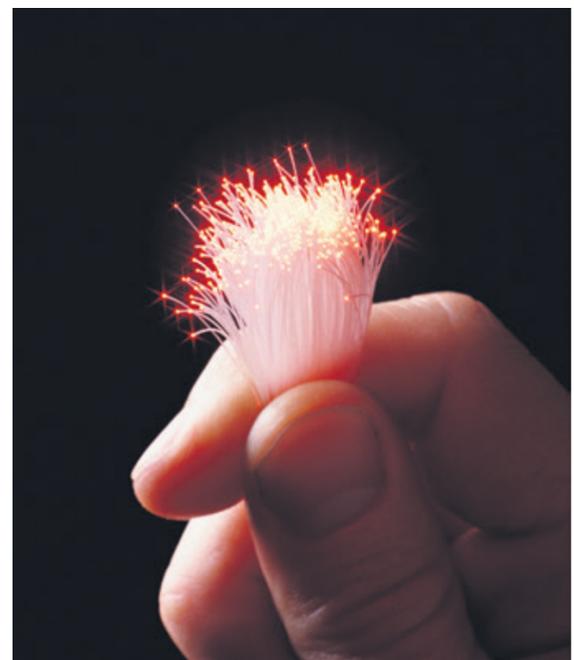


Illustration: Saskia Strötgen

baugebiete in einzelnen Stadtteilen tragen dazu bei.“ Damit dies aufgefangen werden kann, fordert DIE LINKE ein Gesamtkonzept für ein Quartiersmanagement in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Teil dieses Konzeptes, so LINKE-Bezirksvertreter Udo Seibert, müs-

se auch die Finanzierung sein. Zu prüfen sei, welche Fördermöglichkeiten des Bundes, des Landes und der EU zur Bewältigung dieser Aufgaben bestehen. Mit der Erstellung eines solchen Konzepts hat die Bezirksvertretung nun die Verwaltung beauftragt. (Nach einer Pressemitteilung)



Glasfaser-Internet ist ein Standortvorteil

Von Jimmy Bulanik

Essen als Herz des Ruhrgebietes mit über 570.000 Menschen und Universitätsstadt benötigt eine leistungsfähige Infrastruktur. Im Jahr 2010 verlegte die Deutsche Telekom in Essen 50 Mbit/s Internetleitungen. Die Anschlüsse wurden auf die IP-Technologie umgestellt. Trotz allem gibt es für Essen derzeit keine Pläne zum Ausbau des Internets auf 100 Mbit/s, geschweige denn auf 200 Mbit/s.

Laut NRW Wirtschaftsminister Garrelt Duin benötigen wir in der Bundesrepublik Deutschland bereits in der Gegenwart mindestens 100 Mbit/s, allein um mit anderen Volkswirtschaften wettbewerbsfähig sein zu können. Für die nahe Zukunft reichen 100 Mbit/s nicht mehr als Standard aus; höhere Übertragungsraten sind nötig.

Die Datenmengen im Internet steigen stetig. Das Glasfaser-Internet ist eine zukunftsträchtige Investition in die Infrastruktur und ein nachhaltiger „Jobmotor“ obendrein, somit auch ein Standortvorteil.

Die Preise für das Glasfaser-Internet mit 100 Mbit/s und 200 Mbit/s sind bezahlbar. Garantiert ist, dass andere Länder das Tempo ihrer Entwicklung selber bestimmen. Dabei werden sie nicht auf Deutschland warten.

Kristin Huber, Mitarbeiterin der Deutschen Telekom, riet den Menschen in den Kommunen, Bürgerinitiativen für den Ausbau des Glasfaser-Internets zu gründen, damit sich die Chancen auf eine zeitnahe Umsetzung verbesserten. Die Zeit vor der Landtagswahl in NRW und der Bundestagswahl im Jahr 2017 ist dazu günstig.

Ausgehtipp

Dienstag, 3. Mai, 12 Uhr
Bündnis Für ein gutes Leben: Schul-/Unistreib, Refugees Welcome Demo, Viehofer Platz

Dienstag, 3. Mai, 18.30 Uhr
linksjugend [solid] ruhr: AfD – die neuen Faschisten?, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

Samstag, 7. Mai, ab 10 Uhr
DIE LINKE. NRW: Sozialgipfel, Gesch.-Scholl-Gymnasium, Redinghovenstraße 41, D'dorf

Sonntag, 8. Mai, 17 Uhr
DIE LINKE. Oberhausen: Esther Bejarano mit der Microphone Mafia, Zentrum Altenberg, Hansastraße 20, Oberhausen

Montag, 9. Mai, 18 Uhr
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag: Frühstück mit der Drohne, DIFD-Kulturzentrum, Heilermannstr. 5

Dienstag, 10. Mai, 18.30 Uhr
linksjugend [solid] ruhr: Ursachen für Massensterben im Mittelmeer, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

Mittwoch, 11. Mai, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen: Die aktuellen Tarifrunden, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1

Dienstag, 17. Mai, 15.30 Uhr
Homo- und Trans*phobie die #RoteKarte, Zollverein Halle II, Gelsenkirchener Str. 181

Dienstag, 17. Mai, 18.30Uhr
linksjugend [solid] ruhr: Brexit – sollten Linke für einen EU-Austritt sein?, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1

Mittwoch, 18. Mai, 19 Uhr
Essener Friedensforum: Strategische Machtpolitik der USA, VHS am Burgplatz

Mittwoch, 18. Mai, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen-West: Grüne Hauptstadt, Begegnungsstätte Kerckhoffstr. 22b

Mittwoch, 25. Mai, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen: Themenabend/Aktiventreff, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

Samstag, 4. Juni, ab 15 Uhr
KuKuLi e.V.: Festival „Einheit der Arbeiter – Freundschaft der Völker“, Zeche Carl, W.-Nieswandt-Allee 100

Samstag, 4. Juni
Blockado: Proteste gegen den rechtsextremen „Tag der deutschen Zukunft“, Dortmund

Mittwoch, 8. Juni, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen: AfD – die neuen Nazis?, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

Mittwoch, 15. Juni, 19 Uhr
Essener Friedensforum: 70 Jahre Vereinte Nationen, VHS am Burgplatz

Mittwoch, 22. Juni, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen: Themenabend/Aktiventreff, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

Samstag, 25. Juni, 10.30 Uhr
DIE LINKE. Essen: 2. Kreisparteitag, ChorForum Essen e.V., Fischerstraße 2-4.

Freitag bis Sonntag, 1.-3. Juli
UZ-Pressesfest, Revierpark Wischlingen, Dortmund

Regelmäßige Treffen
jeden Montag, 17.30 Uhr
DIE LINKE. im Rat: Fraktions-sitzung, Heinz-Renner-Haus

jeden Dienstag, 18.30 Uhr
linksjugend [solid] ruhr: Basis-gruppentreffen, Heinz-Renner-Haus

1. u. 3. Di im Monat, 10 Uhr
Erwerbslosenfrühstück, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1

2. u. 4. Di im Monat, 18.30
DIE LINKE. Essen: AK Öffentlicher Nahverkehr, Heinz-Renner-Haus

jeden 3. Do im Monat, 19 Uhr
Rosa-Luxemburg-Club Essen: Monatstreffen beim Anti-Rassismus-Telefon, Friedrich-Ebert-Str. 30

Die Kehrseite



Im Karrierehoch

ist Personaldezernent Christian Kromberg. Als Krisenmanager der Flüchtlingsfrage ist er der „stille Macher“ hinter der großen Koalition.



Im Karrierknick

steckt Stadtkämmerer Lars Martin Klieve. Keine seiner Ankündigungen zum Haushaltsausgleich hat bislang der Wirklichkeit standgehalten.

Abgefickt:

F*ck Dich, Kumpel!

Von Ralf Fischer und Wilfried Bienek

Das bedeutendste Essener Wahrzeichen ist entweicht! In orange-gelber Sprühfarbe prangt groß „FICK DICH“ auf dem Bergarbeiter-Denkmal am Hauptbahnhof. Dabei heißt das Ding schon „Steile Lagerung“. Das hat wohl einer des Nachts, betrunken wie er war, als Anspielung verstanden. Diese Bergmannsmuckis können einen ganz schön verwirren...

Das Angebot eines Malermeisters, das Sprühwerk kostenlos zu entfernen, kann die Stadt natürlich nicht annehmen. Am Ende nimmt der noch Terpentin zur Reinigung. Oder mischt ein bisschen grauen Lack an und übermalt alles. Gar nicht auszudenken! Wie gut, dass die zuständige Mitarbeiterin gerade in Urlaub ist. Der Kulturdezernent sprüht vor Entschuldigungen. Er sei erst vor zwei Tagen informiert worden. Ohnehin müsse erst der Denkmalschutz sagen, wie die Reinigung ohne Schaden erfolgen könne. Leider werde dessen Stellungnahme erst in einem halben Jahr erwartet. Die zuständigen Mitarbeiter seien in Urlaub. Den sie, wie er hinzufügte, natürlich auch verdient hätten. Und jetzt kommt's: Gerade selbst auf dem Weg in den Urlaub, spielt uns ein Mitarbeiter der Denkmalbehörde, der anonym bleiben will, ein vertrauliches Gutachten zu. Für alle völlig überraschend, wollen die Denkmalpfleger das umstrittene Graffiti erhalten! Überzeugend legt das Gutachten die kulturhistorische Bedeutung von Graffiti im Allgemeinen und in Großstädten im Beson-



deren dar: „In der kreativen Auseinandersetzung vor allem der Jugend mit unserer Gesellschaft haben Graffiti eine eigenständige künstlerische Wirksamkeit erlangt. Zeitgenössische junge Künstler nehmen so die Werke ihrer Vorläufer symbolisch in Besitz. Sie verleihen alten Meisterwerken, die vielen Menschen auf den ersten Blick nichts mehr zu sagen scheinen, eine neue Bedeutung, eine neue Funktion im lebendigen Raum der Stadtgesellschaft.“ Das Gutachten schließt mit den Worten: „Lange nach Ende des Bergbaus verstehen

vor allem junge Menschen die Realität der Arbeitswelt von früher nicht mehr. Die wichtige Arbeit ‚FICK DICH!‘ holt das Denkmal ‚Steile Lagerung‘ in die Gegenwart hinein, das so für künftige Generationen wirkmächtig bleibt. Daher ist das aufgebrachte Graffiti zweifelsohne als organischer Bestandteil des schutzwürdigen Denkmals anzusehen.“ Der Kulturdezernent schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und muss zur Beichte zu seinem Chef. Hätten sie doch einst den verf... Denkmalpflegern noch mehr Stellen gekürzt! Und hätten sie doch

nur den Malermeister einfach machen lassen! Der hätte seinetwegen das ganze Ding auch schwarz einsprühen können, weil das so gut zum Thema Kohle passt. Die können ihn mal, die alten Kumpels, sagt er zum OB. Doch der beruhigt, denn in jeder Krise liegt auch eine Chance. Flugs malt der OB seinem Stab das große Ereignis an den Horizont: Denkmalenthüllung Nummer zwei mit Schampus und feierlichen Reden! Und jetzt fahnden erst mal alle nach dem unbekanntem Künstler...

Frank & Frei

Gehört

wird OB Kufen jetzt im Rat noch besser. Im Februar kam erstmals die von der Innung der Gold- und Silberschmiede gestiftete neue Glocke zum Einsatz. Ob die Ratsherren und -damen den OB jetzt besser verstehen, ist nicht sicher. Aber dass es in den Ohren klingelt, bestimmt!

Gespart

werden muss in dieser Stadt. Erst recht wenn immer wieder „unerwartet“ auftretende Verluste der städtischen Gesellschaften neue Löcher in den Haushalt reißen. Da macht auch Kleinvieh den berühmten Mist. So mussten die Ratsmitglieder in der Dezember-Sitzung schon auf den gewohnten Imbiss verzichten. Wohin das noch führt? Mager in Essen – das passt doch nicht!

Gesprochen

hatten wir in Ausgabe 1/2014 mit Cécile „Das Eichhörnchen“ Lecomte. Die Kletteraktivistin seilte sich im Mai 2012 von einer Kanalbrücke in Münster ab, um ein Schiff mit atomar verseuchtem Müll zu blockieren, was für einen Tag gelang. Das Dortmunder Schifffahrtsgericht verurteilte sie zu einem Bußgeld von 20 Euro wegen „Fehlbenutzung einer Schifffahrtsanlage“, doch sie weigerte sich zu zahlen. Am 5. April sollte sie nun für einen Tag in den Frauenknast nach Vechta. Doch vor Ort angekommen, schickte man sie wieder nach Hause. Ausgerechnet der Anstaltsleiter hatte die Strafe für sie bezahlt. Er wolle nicht, dass Lecomte den Gefängnisauferhalt zur „politischen Agitation gegen Atomkraft“ nutzen könne.



Gescheitert

ist die Übernahme der Vattenfall-Braunkohlesparte durch die STEAG; wir berichteten in Ausgabe 1/2016. Vattenfall verkaufte die Braunkohle mittlerweile an den tschechischen Energiekonzern EPH. Vattenfall muss den Käufern noch 1,7 Milliarden Euro drauflegen, um die Kohle überhaupt loszuwerden. Die Ruhrgebietsstädte können aufatmen, dass die von ihnen (offenbar nicht richtig) kontrollierte STEAG knapp am Zuschlag vorbei geschrammt ist. Über Konsequenzen für die Unternehmensführung der STEAG sollten die beteiligten Kommunen jetzt verschärft nachdenken.

Geschlampt

hat die Redaktion dieser Zeitung in Ausgabe 1/2016. Die als Autorin des Buchtipps „Welche Marke steckt dahinter“ genannte Martina Schneider ist natürlich die Autorin des besprochenen Buches. Der Buchtipp stammte von unserem Autor Jimmy Bulanik. Außerdem blieb beim Beitrag unseres Gastautors Ulrich Straeter eine Satzanzweisung mitten im Text stehen, die noch dazu unbeachtet blieb. Wir entschuldigen uns für die schlampige Bearbeitung und versprechen: Solche und andere Pannen kommen immer wieder vor...

Rätsel-Ecke

Welches Datum suchen wir?

Im Sudoku taucht jede Ziffer von 1 bis 9 in jedem Feld nur einmal auf, genauso wie in jeder waagerechten und in jeder senkrechten Reihe. Die Zahlen in den Feldern mit den roten Ziffern ergeben in der richtigen Reihenfolge das Datum eines historischen Essener Ereignisses.

Unter allen, die uns dieses Datum auf eine Postkarte oder in eine Mail schreiben, verlosen wir die aktuelle CD des Kabarettisten Serdar Somuncu: „H2 Universe – Die Machtergreifung“.

Lösungen bitte mit Absendeanschrift an: Essener Morgen, DIE LINKE, Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essenermorgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2016. Einsendungen von Angehörigen der Redaktion werden nicht entgegen genommen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß!

					6			1
3		8	7		4	5		
							8	2
3			1		4			
		4	3		8			6
	1	9	5			4	3	
2		6			7		5	
9					1	2	5	
2		3	7		9			

Die Lösung lautet:

1	2	..	3	4	5	6	7
---	---	----	---	---	---	---	---

Palma Kunkel

Palma Kunkel naht die Frage,
was zum Kriegsproblem sie sage.
Längst im Innersten entschieden,
wünscht sie allen Menschen Frieden.
(Zwar zum Unterschied von vielen
freilich nur: mit großen Zielen.)
Doch sie weiß zugleich: auf Erden
sind die Menschen noch im Werden.
Ringsum ungeheure Horden
wollen noch das große Morden,
sind noch ganz durchleidenschaftet,
noch vom Geist zu schwach durchkraftet,
müssen erst noch lange reifen,
eh sie Gott und sich begreifen.

Christian Morgenstern (1871 - 1914)